

"PLAN SECTORIEL LYCEES"

Neue Schulen braucht das Land



Container-Love à la Luxemburg.

(Foto: Archiv)

Er wurde zwar erst jetzt in der Chamber diskutiert, doch der "Plan sectoriel lycées" ist längst dabei, Wirklichkeit zu werden. Und das ist gut so.

(ik) - Mitten im Grünen, zwischen Wald und Wiesen, soll es stehen: das Lyzeum von Redingen. Das 90-Millionen-Euro-Projekt, das Bautenministerin Erna Hennicot-Schoepges vergangenen Freitag der Öffentlichkeit vorstellte, ist in vielerlei Hinsicht etwas Besonderes. Nicht nur, weil die Planungen für das bis zu 1.300 SchülerInnen fassende Gebäude in Rekordzeit, nämlich in etwas mehr als anderthalb Jahren abgeschlossen werden konnten - das Redinger Lyzeum ist das erste von wahrscheinlich sechs Gymnasien, die der "plan sectoriel lycées" vorsieht und die alle nach einem standardisierten Verfahren gebaut werden sollen. Viele Monate lang grübelten BeamtInnen aus dem Bauten- und dem Unterrichtsministerium gemeinsam mit ausländischen Experten über mögliche und notwendige Infrastrukturen, wurden Klassenräume und Werkateliers vermessen.

"Die Schüler sollen an allen Gymnasien grundsätzlich die gleichen Standards vorfinden", sagt Jean Huberty, zuständiger Planer des Unterrichtsministeriums. Dazu gehören: größere und hellere Klassenräume, die auch Platz für andere Aktivitäten als den klassischen Frontalunterricht bieten, vereinheitlichte Sporteinrichtungen, Schnupperateliers, Aufenthaltsräume für das Lehrpersonal, ein umfassendes Kabelnetz für Computer. Für das Redinger Lyzeum, das in der Unterstufe die gesamte Palette des klassischen und des technischen Unterrichts anbieten wird und sich dann in der Oberstufe des technischen Sekundarunterricht auf Wirtschaft spezialisiert, sind außerdem ein Cybercafé, eine Cafeteria für hundert Personen, ein großer Festsaal und eine Bibliothek geplant, die allesamt auch außerhalb der normalen Schulzeit zugänglich sein sollen. Somit scheint die

Idee, Schule mehr als einem Lebensraum zu sehen und weniger als Lernanstalt, endlich die politisch Verantwortlichen erreicht zu haben.

"Wir wollen die Schulen offener machen", beschreibt Paul Seiwerath vom Unterrichtsministerium, der am Lyzeenplan mitgearbeitet hat, die mit dem Redinger Neubau verbundene Vision. Schulen sollen in Zukunft nicht mehr abgetrennt von der jeweiligen Umgebung funktionieren, sondern in die jeweilige Infrastruktur und Ortsgemeinschaft integriert werden. So sollen die künftigen SchülerInnen bereits vorhandene Sportstätten in Redingen nutzen können; umgekehrt sind auch Ortsvereine herzlich eingeladen, die geplante Schulinfrastruktur zu benutzen. "Das Lyzeum wird Bewegung bringen", freut sich Roger Schneider. Der Bürgermeister von Redingen ist nicht der einzige, der sich von dem Projekt neue Impulse erhofft. Die anliegenden Gemeinden wie Beckerich begrüßen ebenfalls den Bau, sehen sie darin doch eine Chance, die Region auch wirtschaftlich neu zu beleben.

Überfällige Dezentralisierung

Die Regionalisierung ist gewollt - und bitter nötig. "Dezentralisierung der Schulinfrastrukturen" heißt das erklärte Ziel des "plan sectoriel lycées", der im Vorjahr vorgestellt und an diesem Donnerstag in der Chamber diskutiert wurde. Vor allem die Schulen in der Hauptstadt und im Süden des Landes, deren große Schülerzahlen teilweise nur noch mittels Unterricht in Containern zu bewältigen sind, sollen durch den Bau neuer Lyzeen in den verschiedenen Landesregionen entlastet werden.

Damit ist ein weiterer Gedanke verbunden: Dass SchülerInnen aus dem Osten oder Westen

des Landes fast eine Stunde zu ihrer Schule in der Hauptstadt fahren, weil es an passenden Angeboten vor Ort fehlt, bedeutet nicht nur für die Jugendlichen Stress. Busse aus allen Teilen des Landes, die tagtäglich den Limpertsberg hinauf drängeln, strapazieren den ohnehin chaotischen Hauptstadtverkehr und die Anwohnernerven. Und sie tragen erheblich zur Luftverschmutzung bei.

Bei all den unerfreulichen Begleiterscheinungen erstaunt es nicht, dass der Plan von einer Dezentralisierung parteiübergreifend auf offene Ohren stößt. Zumal, wenn die demografische Entwicklung so bleibt wie bisher. Laut Unterrichtsministerium ist bei den Schülerzahlen auch in Zukunft keine Entspannung zu erwarten, das Gegenteil ist der Fall. Zwar sind die Prognosen des Plan sectoriel von 11.000 neuen SchülerInnen bis zum Jahr 2010 etwas überholt - inzwischen ist von etwa 9.000 die Rede -, klar bleibt aber weiterhin: Um diese unterzubringen, müssen neue Schulen her ... im Osten, im Norden und im Süden.

Doch der Mangel, den der Plan mit ausführlichen Rechnungen darlegt, ist keineswegs neu, sondern seit vielen Jahren bekannt. "Der Plan kommt zu spät", kritisiert deshalb Ben Fayot von der LSAP. Mittlerweile müsse man sich vielmehr fragen, was denn nach 2010 kommen wird.

Und tatsächlich ist die Debatte um den Plan in der Abgeordnetenkammer eher eine Formsache. Denn ein Großteil der geplanten Projekte sind längst beschlossen und bereits dabei umgesetzt zu werden. Dazu zählt neben dem Redinger Lyzeum auch eins in Junglinster und eins in Esch-Belval. Die Gleichzeitigkeit von Planung und Umsetzung mutet etwas merkwürdig an, macht unter den gegebenen Umständen aber durchaus Sinn: Bei dem Mangel an adäquaten Strukturen und einer durchschnittlichen Planungszeit von acht Jahren - Bauland muss gefunden und gekauft, Gemeinden und PolitikerInnen müssen überzeugt sowie Bauprojekte geplant und gestimmt werden - ist jede Zeitersparnis höchst willkommen.

Und dabei ist der Aufwand, den es brauchen wird, um den nötigen Mentalitätswandel auch in der Bevölkerung zu erreichen, noch gar nicht mit eingerechnet. Die häufig geäußerte Sorge, dass die so genannte Einzugsregelung bindend sein könnte, zeigt nämlich, wie stark die Fixierung so mancher Eltern und SchülerInnen auf ihr "Wunsch-Lyzeum", insbesondere beim klassischen Sekundarunterricht, noch immer ist: Trotz der häufig auch von ihnen bejammerten Transportmisere und sogar wenn ein Nachbarort die benötigte Infrastruktur bereit hält, schicken sie ihre Kinder lieber in eine Schule in die Hauptstadt. Die Erfahrungen aus Düdelingen, Petingen, Grevenmacher oder Mersch sprechen da Bände. Ohne die Jugendlichen der jeweiligen Regionen wird das ehrgeizige Ziel der Dezentralisierung aber so nicht zu erreichen sein. Schon deshalb ist den künftigen Lyzeen in Redingen, Junglinster und Esch-Belval unbedingt Erfolg zu wünschen.

Die drei großen P's

Kinder, die den Familiennamen ihrer Mutter tragen, werden in Luxemburg offensichtlich diskriminiert. Das Magazin Revue berichtet in seiner aktuellen Ausgabe von einem luxemburgischen Kind, das den Familiennamen seiner Mutter tragen soll, dieses Recht auch per Gerichtsbeschluss zugestanden bekommen hat - und trotzdem vom Justizministerium nicht anerkannt wird. Dabei gehört auch Luxemburg zu den Unterzeichnerstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention. Und diese verbietet eine Diskriminierung nach Geschlecht. Interessant ist aber noch ein weiteres Detail: Die CSV-DP-Regierung plant selbst ein Gesetz, wonach die Eltern frei entscheiden können, welchen Familiennamen ein Kind bekommen soll. Bisher ist die Frage nicht gesetzlich geregelt, darum wird nach Wohnheitsrecht entschieden. Und das besteht für Luxemburgs JustizbeamtInnen offenbar aus drei Ps: Paternalismus, Patriarchat und Patrilinearität.

Déi Gréng: Form und Inhalt

Zu einer Outdoor-Pressekonferenz am Roude Pët, bei Sonnenschein und Sonnenblumen, hatten die Grünen eingeladen. Sonnig war auch die Ansprache von Carlo De Toffoli: Einen neuen Stil habe die grüne Partei, aber auch neue Inhalte, weit entfernt vom Personenkult der politischen Konkurrentinnen. Dass die Veranstaltung als "9 Leit, 9 Prioritéiten" angekündigt worden war, und die SpitzenkandidatInnen seiner Partei ins Rampenlicht stellen sollte, schien ihm entgangen zu sein. Das Defilee der Auserwählten, die brav ihre Sprüche auf sagten, war eher öde: Jeder und jede versuchte, ein paar Thesen aus dem grünen Wahlprogramm in drei nichtssagenden Sätzen zusammenzufassen. Auffallend war, dass der Akzent eher auf - vagen - konstruktiven Aussagen lag als auf Kritik an der Regierung: Man halte am Solidarprinzip bei den Renten fest, wolle aber auch neue Wege beschreiten, man wolle der Wasserverschmutzung entgegenwirken, damit unsere Kinder wieder in den Flüssen schwimmen könnten ... Weg vom Miesmacher-Image, demonstriert mal Regierungsfähigkeit, scheint der PR-Berater der einstigen Alternativ-Partei geraten zu haben.

Dass hinter dem wahlbedingten PR-Gesäusel auch Inhalte und Überzeugungen stecken, zeigte sich am Mittwoch bei dem Kyoto-Hearing (siehe Seite 3). Als einziger Abgeordneter widersprach Camille Gira den Befürwortern des Tanktourismus: Dieser habe einen direkten Effekt auf den CO2-Ausstoß. Auch den Verweis auf das Gewicht der Treibstoff-Akzisen bei den Staatseinnahmen ließ er nicht gelten. Die Steuerreform habe eine ähnliche Summe aus dem Staatshaushalt verschwinden lassen.

Semaine prochaine: Electrons libres

Le marché de l'électricité est en train d'être libéralisé. Contexte, effets et perspectives au Luxembourg.

Strafe muss sein

War's der lange Winter oder der Keksnotstand? Vergangene Woche haben zwei woxxis die Redaktion fluchtartig verlassen, einer nach Süden, der andere nach Nordosten. Natürlich nicht für immer: Ersterer setzte seine Weltreise fort, die er angesichts fortdauernden Heimwehs nach der woxx für ein paar Wochen unterbrochen hatte. Nach dem Kälteschock in der Heimat ist er nun wieder auf der Südhälfte der Welt unterwegs. Und prompt ist hier zu Lande der Frühling ausgebrochen. Der zweite woxxi ist nach drei Monaten Luxemburg wieder nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er in der woxx-Redaktion sämtliche Keksbestände aufgegessen hatte. Zur Strafe wurde er diese Woche auch als erster von der Redaktion in den April geschickt.